

Übrigens

Philipp Koebnik über einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Nato

Vergessene Zeitenwende: 25 Jahre Völkerrechtsbruch

Erstmals auf einer Demo war ich im Sommer 2002, wenige Wochen vor der Bundestagswahl. Wobei, „Demo“ trifft es nicht ganz. Der grüne Außenminister Joschka Fischer wahlkämpfte auf dem Reutlinger Marktplatz. Hunderte hing an seinen Lippen. Nur ein Häuflein von höchstens fünf Leuten der Reutlinger Friedensgruppe protestierte lautstark: gegen die Grünen als Kriegspartei. Ich schloss mich ihnen an. Seit etwa neun Monaten führte die Nato Krieg in Afghanistan. Nicht vergessen war zudem der Kosovokrieg 1999. Er markiert eine Zeitenwende: der erste völkerrechtswidrige Angriffskrieg des siegreich aus dem Kalten Krieg hervorgegangenen Westens. Ohne Uno-Mandat bombardiert die Nato 78 Tage lang Jugoslawien. Auch mit deutschen Kampfflugzeugen.

Fischers Wandlung vom Pazifisten zum Menschenrechts-Krieger ließ sogar CDU-Verteidigungsminister Volker Rühle erschauern, der bereits am 19. Juni 1998 im Bundestag sagte: „Wenn ich Sie sprechen höre, habe ich manchmal Angst, dass Sie die sofortige Bombardierung Belgrads fordern, nur um im Rennen der Realpolitiker weiter vorn zu sein.“ Zunächst sah es aus, als sei der Krieg noch abzuwenden. Im französischen Rambouillet verhandelte der Westen mit Jugoslawien. Das Abschluss-Papier, der Rambouillet- Vertrag, glich einem Besatzungsstatut. Es ging nicht mehr nur darum, „Friedenstruppen“ im Kosovo zu stationieren. Der sogenannte Anhang B forderte die freie Beweglichkeit der Nato in ganz Jugoslawien, inklusive des Luftraums und der See sowie ihrer Nutzung für Manöver, Training und andere Operationen, die völlige Immunität von Nato-Personal gegenüber jugoslawischen Behörden und die kostenlose Nutzung der gesamten Infrastruktur Jugoslawiens. Der frühere britische Verteidigungsminister Lord Gilbert schätzte die im Rambouillet-Entwurf geforderten Bedingungen als absolut unannehmbar ein. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer urteilte: „Es war unrichtig von der Bundesregierung, zu glauben und dem Parlament und der Öffentlichkeit zu suggerieren, dieser Vertrag hätte von Belgrad jemals unterschrieben werden können.“ Am 23. März verweigerte Jugoslawien die Unterschrift. Einen Tag später begann die Nato den Krieg.

Bald jedoch änderte die Nato ihre Strategie. Der britische General und ehemalige Befehlshaber der UN-Schutztruppe in Bosnien, Michael Rose, erklärte dazu: „Das Ziel war, die Militärmaschinerie Milosevics auszuschalten und zu zerstören. Doch das endete in einem Misserfolg. Daraufhin erweiterte man die Liste der Ziele auf sogenannte zivilmilitärische Ziele.“ Die Folgen listete die „Berliner Zeitung“ 2021 auf. Demnach zerstörte oder beschädigte die Nato 60 Brücken, 110 Krankenhäuser, 480 Schulobjekte, 365 Klöster, außerdem Fernsehzentren, die Strom- und Wasserversorgung sowie 121 Industriebetriebe. „Als besonders zynisches Kriegsverbrechen gilt bis heute neben dem Einsatz von über 30 000 Urangeschossen an über 80 Orten die vorsätzliche Bombardierung der großen Chemiezentren in Pancevo, Novi Sad und Bor.“ Durch den Angriff auf mehrere Raffinerien verbrannten zehntausende Tonnen Öl. „Nur ein Bruchteil davon löste im gesetzesstrengen Deutschland später den Dieselskandal aus und Debatten über jährliche Todesopfer.“ Niemand wurde für diese Kriegsverbrechen je angeklagt, geschweige denn belangt. Es galt: das Recht des Stärkeren.

Pikant: Nachdem bereits der Rambouillet-Vertrag die „freie Marktwirtschaft“ und die Privatisierung sämtlichen Staatsbesitzes forderte, waren unter den Lobbyisten, die nach Kriegsende ins Land kamen, auch ehemalige Kriegsbeteiligte wie die US-Außenministerin Madeleine Albright mit ihrer Investmentfirma Albright Capital Management LLC. Ein Partner ihrer Beratungsfirma Albright Stonebridge Group ist kein geringerer als Fischer mit seiner Unternehmensberatung Joschka Fischer & Company.